

Saale-Zeitung.

Zweilundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber deren Raum mit 30 Pfg., welche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle...

Beyzugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Zustellung 2.50 M., durch die Post 3.25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postanstalten angenommen.

Nr. 105.

Halle a. S., Dienstag, den 3. März

1908.

Zwischenaktmusik auf dem Balkan.

Die diplomatischen Kompensationen, die das Zusammenstreifen der österreichisch-ungarischen Vahnpäne und des Gegenüberes der Großmächte zur Spitze in der Reformfrage herangezogen haben, sind äußerst verwickelter Natur. Diese Zeitung schenkt gänzlich aus den Händen gelassen, als würde kein Mensch, was alles daraus noch entstehen könnte, heute samt man indes bereits die ersten Anzeichen eines Nachlassens der Spannung einer diplomatischen Bestimmung wahrnehmen. Diese Anzeichen sind die beiden vor einigen Tagen im englischen Parlament von englischen Staatsmännern gehaltenen Reden zur Balkanfrage und die veränderliche Stimmung der russischen Presse. Sowohl Sir Edward Grey im Unterhaus als Lord Fitzmaurice im Oberhaus erklärten, daß England den österreichischen Vahnpänen mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehe; ferner die beiden Reden eine Kritik enthielten, richtete sich diese nicht gegen die Aktion selbst, sondern gegen den Zeitpunkt, den Baron Meyrenthal sich für eine Aktion herausgeschick hat.

Nach englischer Auffassung soll nämlich diese österreichisch-ungarische Sonderabmachung in der Bahnfrage mit der Spitze die gemeinsame Aktion der Großmächte in den beiden Fragen erschweren, in denen jetzt eben mit der Spitze verhandelt wird in der Frage der Mandatsverlängerung für die Finanzkommission und der Justizreformfrage. Das gleiche wird von Rußland und der französischen Presse, von der man nicht weiß, ob sie den Russen oder den Engländern zuzuschreiben, der österreichisch-ungarischen Politik vorgeworfen. Inzwischen läßt sich die Form, in welche die englischen Staatsmänner diese Befugnisse kleiden, darauf schließen, daß man in London erheblich mildere Seiten aufsuchen will.

Das gleiche kann man in den allerletzten Tagen in der russischen Presse beobachten. Inzwischen gibt sich die Art, wie die russische und die englische Presse in dieser ganzen Kampagne gegen die lokal und wohlwollend von Deutschland unterliegende österreichische Politik einander sekundierten, zu denken. In der Balkanfrage liegen nämlich sehr viele und einschneidende europäische Fragen mit verbunden. Im Balkan liegen die Reime zu mancherlei neuen Gruppierungen der Großmächte. Die Bedeutung des jüngsten Stabierens der Balkanfrage liegt darin, daß mit ihm die Möglichkeit einer weitgehenden Verdrängerung der englischen und russischen Politik in Fragen des nahen Ostens, wenn auch noch nicht in greifbarer Höhe, so doch am Horizont ersehen. Auch sonst scheint der Zeitpunkt für eine englisch-russische Annäherung günstig. Im Ausland führt ein Minister die auswärtigen Geschäfte, der mehr wie die meisten seiner Vorgänger zu Verhandlungen mit England neigt. In England ist man seit langem gleichfalls eifrig um russische Liebe bemüht. Bis zu einem gewissen Grade gehen die russische und englische Politik im Orient wirklich auch parallel. Beide Länder scheinen eine Schwächung der Türkei gern zu sehen und die mazedonische Frage lieber durch die Nationalitäten, als durch die russische Souveränität lösen zu wollen. Vielleicht würden auch manche politischen Heißsporne in beiden Ländern, wenn auch aus verschiedenen Gründen, daß es im Balkan nie so recht ruhig wird. Und daß das beste Mittel dazu, die Unterdrückung der nationalen Aspirationen der Balkanvölker ist, ist eben keiner Mazedoniens bekannt.

Das kann alles wahr sein. Inzwischen ist erstens von da bis zu einer weitgehenden Balkanverdrängerung noch weit, und zweitens, selbst wenn eine solche möglich ist, könnte sie Europa nur dann in Unruhe setzen, wenn sie als Grundlage für weitgehende Aktionen dienen sollte. Das ist im höchsten Grade unwahrscheinlich. Denn daß solche weitgehende Aktionen zu schweren Kompensationen führen müßten, darüber ist man sich wohl in Petersburg ebenso klar als in London.

Die Balkanfrage ist so gefährlich, sie greift so tief in vitale Interessen aller Großmächte ein, daß gewagte diplomatische Experimente im Balkan ganz gewiß nicht vorgenommen werden.

Deutsches Reich.

Der Sprachenparagraf abgelehnt.

Die Vereinskommission des Reichstages hat gestern endlich, wie schon gemeldet, nach vierstündiger Debatte zur Abstimmung über den Sprachenparagraf, der bekanntlich bestimmt, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen und daß Ausnahmen nur mit Genehmigung der Landesentscheidungsbehörde zulässig sind. Die Gesamtabstimmung ergab, wie bereits gestern kurz mitgeteilt, die Ablehnung dieser für das Zustandekommen des ganzen Gesetzes von der Regierung als unerlässlich bezeichneten Vorfrist.

Am 7. lagen vor ein Antrag der Polen, als deutsche Sprache jede Sprache zu erklären, die innerhalb des Deutschen Reiches von Reichsangehörigen als Mutterprache gesprochen wird, ein Antrag Graef (wirtsch. Vgl.), die Gemeindefestversammlungen unter dem Vorbehalt, daß sie zu stellen, und ein Vermittlungsantrag Dr. Müller-Meinungen. In der Abstimmung wurde zunächst der Antrag der Polen mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten gegen 12 Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Polen abgelehnt. Der Antrag Graef wurde mit 14

gegen 13 Stimmen abgelehnt. Dann kam der Antrag Dr. Müller-Meinungen zur Abstimmung. Der Vst. 1 des Antrages, der bestimmt, daß Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in der Regel in deutscher Sprache zu führen sind, wurde gleichfalls abgelehnt. Dann aber wurden die Vstätze 2 bis 5, die die Anmeldefrist für fremdsprachige Verhandlungen regeln und außerdem bestimmen, daß ohne die ausdrückliche Einwilligung des Veranlassers oder des Leiters einer öffentlichen Versammlung in einer nichtdeutschen Sprache nicht verhandelt werden darf, mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Mehrheit bestand aus Freireinigen und dem Antidöb. Der Vst. 6, nach welchem die Landesgesetzgebung die Einhaltung der obigen Bestimmungen ganz oder teilweise erlassen kann, wurde wieder abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde dann ferner der Vst. 7 mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Es ist demnach § 7 im Vereinsgesetz als ein Vakuum entstanden. Am Mittwoch folgte die zweite Lesung des Entwurfs be- ginnen.

Über die Diskussion ist folgendes zu berichten: Abg. Schirmer (Atr.) befaßt sich, daß die freireinigen und nationalliberalen Parteien die freireinigen Elemente im Zentrum im Stich gelassen hätten; er wendet sich dann unter scharfer Polemik gegen den nach seiner Meinung nichts sagenden Antrag Graf. Eine politische Gefahr halte er nicht für vorliegend. Dem preussischen Staat sei der Charakter des Rechtsstaates abzusprechen; er verdiene kein Vertrauen von den Arbeiterorganisationen. Die ausländischen Staaten seien gegen Fremde viel loyaler als Deutschland es mit dem § 7 sein würde. Dieser würde die Sozialpolitik schädigen. Die freireinigen und liberalen Anträge seien keine Verbesserungen.

Unterstaatssekretär Bernet wendet sich gegen die Ansicht, daß der § 7 ein Fremdkörper im Vereins- und Versammlungsrecht sei. Wenn allen Reichsangehörigen im § 1 im Wege der Reichsgesetzgebung die Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährleistet werde, so habe die Reichsgesetzgebung auch die Pflicht, die Sprachenfrage hineinzuziehen. Sonst werde eine Lücke entstehen, welche die Landesgesetzgebung nicht nachträglich ausfüllen dürfe.

Graf Oppersdorf (Atr.) meint, man regiere an den Polen vorbei. Es ist zweifellos, daß die Frage aufzuheben, wer an dem Verhältnis zwischen Deutschen und Polen schuld sei. Die Hauptschuldigen seien die. Es erstreckt mündigenswerth, daß die Polen mehr deutsch sprächen, aber mit den hier vorgelegten Mitteln dürfe man das nicht antreiben. Redner schließt dann die Verusche, das Deutschtum im Auslande zu fördern. Dagegen ließe die Tendenz des § 7 in großem Gegensatz. Eine Revision unserer Situation sei schon des Auslandes wegen erforderlich, damit nicht einmal die Knochen des pommerischen Grenadiers die hier kontraktierten Schulden bezahlen müßten. Gegen Anzutraglichkeiten möge man das Strafgesetzbuch zu Hilfe nehmen und es verschärfen. Der beste Deutscher sei, wie Ueberfülligkeit des nationalen Wesens bekämfte. Wir sind in den zahl- reichen Deutschen im Auslande durch Repräsentation viel verwundbarer als andere.

Die amtlichen Presseberichte über die polnischen „Untriebe“ werden leider nicht veröffentlicht. Einzelne Zusammenstellungen bringen die unvollständigen Stellen und unterschlagen die andern. Wir haben kein Recht, bei den polnischen Vereinen überall Ge- spenster zu sehen. § 7 wird die Zerklüftung größer machen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (H. Vp.) wendet sich gegen die sferiale Agi. „, die der Abg. Schirmer angekündigt hat. Wenn er bis jetzt „, nicht begriffen hat, daß das Koalitionsrecht hier nicht festgelegt werden kann, so sollen ihm die Anfangsgründe politischen Verbindnisses. Ich gelte in Süddeutschland als Antifazier, in Berlin als Partikularist, muß also verständlich sein, (Selbstkritik) und ich erkläre die Hege des Abg. Schirmer für ver- merklich. Sein Ausspruch: „Freiheit ist kein Rechtsakt“ muß der richtigen Einspruch der Preußen werden und kann die Sache hier nicht fördern. Allerdings, § 7 heißt in gewisser Hinsicht ein Fremdkörper im Gesetz und die verurteilende Re- sultation der Polen wird dadurch in geheimen Versammlungen gedrängt. Die freireinigen Anträge sind doch nicht so ungenügend, wie es nach den sonst so trefflichen Ausführungen des Staats- sekretärs scheinen könnte. Von den 18 000 fremdsprachigen Ver- sammlungen bleiben nach meiner Meinung nur 4000 Be- wahrungsnöthig. Das macht 10 Versammlungen den Tag, die sich wohl überwaun lassen.

Gehemrat v. Hermann bemerkt, daß die Statistik auf Grund der gegenwärtigen Gesetzgebung gemacht ist. Aber 8500 fremd- sprachige öffentliche Versammlungen finden immer statt. Sie ver- teilen sich nicht gleichmäßig über das Jahr, im Gegenteil, sie sin- den in hohem Maße ungleichmäßig, zu bestimmten Zeiten kon- zentriert. Da finden mehr als 100 Versammlungen an einem Tag- stück, so daß eine Meterwahnung unmöglich ist; angewandte Ver- sammlungen brauchen nicht heraufzuführen, so daß die Volksges- amten im höchsten Maße festhalten werden. Sie können Tag und Nacht teilen und sind nur geneigt, abgehoben vom Kofferpunkt. Abg. v. Dethgen (Vp.) will keine polizeilichen Maßnahmen, deshalb hat er den freireinigen Anträgen zugestimmt. Aber § 7 ist kein Ausnahmefall, er gilt für alle Bürger. Im Kampf der Diktaturen, wo man mit Zunderdrot und Peitsche Politik machte, ist eine Notlage entstanden, die außerordentliche Mittel wider den Mißbrauch der polnischen Sprache in öffent- lichen Versammlungen nötig macht.

Abg. Fürst v. Waldhufsch (Vole) behauptet, daß der Abg. Gans Ehler v. Püttig seine Erklärung nicht genügend findet. Wenn man uns fragt: Steht ihr vorbehaltenlos auf dem Boden der Ver- sammlung und der Zugehörigkeit zu Preußen? so liegt in der Frage die reservatio mentalis.

Bericht auf die polnische Nationalität! Die Taten der Polen sind wichtiger als gelegentlich zu mit-

teilende Worte. Die Forderung, daß wir jedes polnische nationale Bewußtsein aufgeben sollen, ist unerträglich. Unsere nationale Erfahrung als europäische Kulturnation, die als Teil in das Deutsche Reich aufgenommen ist, hoffen wir stets aufrecht zu er- halten, wir haben dafür auch festerliche Versicherungen bei der Auf- nahme in den Verband des preussischen Staates erhalten. Nur die polnische Sprache gibt den Kulturverhältnissen die Möglichkeit des Verständnisses. Die freireinigen Anträge tragen den Charakter des Ausnahmefalles, weil sie für die Polen eine Erleichterung des Versammlungsrechtes schaffen, aber sie sind immerhin das kleinere Uebel.

Abg. Gans Ehler v. Püttig bemerkt gegenüber dem Grafen Oppersdorf, daß es gegen Geheimbinden andere Mittel gebe. Das Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen vermehre die Gefahr nicht. Die Erklärungen des Fürsten v. Kabinjull sind nicht ausreichend. In den Ostmarken wird durch fanatisierende Organisation und durch Wort und Schrift die Bevölkerung gehulst, um zu gegebener Zeit den Deutschen In- annehmlichkeiten zu bereiten. Unzweideutige Erklärungen werden nicht abgegeben. Ein „Nein“ wider das Spiel mit dem Gedanken des Vorgesetzten ist nicht erfolgt. Man gebe eine unabweisende Erklärung, dann wird vom § 7 kein Gebrauch gemacht werden. Abg. Becker (Atr.) erklärt, auch er habe zu einem guten Teil die Meinung, Preußen ist kein Rechts- staat, und das habe er von Freireinigern gelernt. Dr. Müller-Meinungen ist höchstens ein besterter Sünder.

Der Redner wendet sich gegen den Abg. Graf. Es wäre ge- wissigentlich bedauerlich, wenn man im Rheinland und Westfalen in öffentlichen Versammlungen nicht mehr polnisch reden könnte. Den Industriellen ist es lieber, daß das Ruhrgebiet polonisiert werde, als daß die Polen aus ihrer behauerlichen Bedürfnis- losigkeit erhoben werden. Gegen Anwürfe des Abg. Becker wider den Fiktionsmerkmale der Staatsfreiheit v. Bethmann-Hollweg vernachlässigt ein. Dann schließt die Diskussion durch Beibehaltung der weiteren Redner.

Darauf folgte die oben mitgeteilte Abstimmung.

Die Klage der Boermann-Linie.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In der Klage der Boermann-Linie gegen den Reichsjustiz wegen Vergeßlichkeit in Süd-West-Afrika hat das unter Vorsitz des Oberlandes- gerichtspräsidenten Meier in Bremen zusammengesetzte Schiedsgericht sein Urteil fassen dahin gefällt, daß von der seitens der Boermann-Linie geforderten Summe von 1 197 916,05 Mark der Fiskus nur zur Zahlung von 462 976,65 Mark verpflichtet sei. Die Kosten des Rechtsstreites wurden zu drei Fünfteln der Boermann-Linie, zu zwei Fünfteln dem Reichsjustiz auferteit.

Strafgesangene in der Landwirtschaft.

Gestern fand in Königsberg über die Frage der Her- vwendung von Strafgesangenen bei Landwirtschaftsarbeiten und in der Landwirtschaft eine kommissarische Beratung unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Hindenburg statt. An der Konferenz beteiligten sich neben den Vertretern der staatlichen und provinziellen Verwaltungen und Justiz- behörden, sowie der heimischen Landwirtschaft auch Kom- missare des Justizministers und des Ministeriums für Land- wirtschaft. Über die gefaßten Beschlüsse verlautet ein- flüßlich noch nichts Bestimmtes, es dürfte jedoch anzunehmen sein, daß die Beratungen zur Klärung der Verhältnisse bei- getragen und für zweckdienliche Maßnahmen den Boden ge- ebnert haben.

Die Ostasi-Bahn.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die südwestafrikanische Eisenbahn Ostasi-Groothant, welche bekanntlich von der South West Africa Company erbaut wird, hat nach einer am- tlichen Stelle einetrotzen telegraphischen Meldung ihren Endpunkt Groothant erreicht.

Eine neue Kulturart des Ultramontanismus!

Im geistlichen Seminar zu Friburg wurde, hablichen Blättern zufolge, den geistlichen Jünglingen das Lesen von Schillers und Goethes Werken unter strengster Strafandrohung verboten! Nur einige für „glau- bende Katholiken“ genierte „Ausleiher“ der Goethe-Schiller- schen Dichtungen wurde behingungsweise freigegeben. Sollte die Meinung aufkommen, so würde der Vorgang einen erneuten Beweis für die „Kulturmission“ des Ultramontanismus dar- stellen. Vorläufig aber vermahnen wir noch nicht daran zu- glauben, daß die geistliche Rückständigkeit in diesem Lager wirklich schon einen solchen Grad erreicht.

Angedachte Pläne des neuen Schatzsekretärs.

Die Nachricht, daß der neue Schatzsekretär beabsichtige, eine Erhöhung der Postgebühren für Zeitungsbeibringung, eine Erhöhung der Postgebühren für Telegramm vorzunehmen, entbehrt nach der „Deutschen Tageszeitung“ vollkommen der Be- gründung.

See- und Flotte.

— Kaiserliche Marine. „Stein“ ist am 28. Februar in Vigo eingetroffen und geht am 7. März die Reise nach dem Kuborefer See (Kaiser Wilhelm-Kanal) fort. „Bremen“ ist am 29. Febr. in Valparaiso (Chacao) eingetroffen und geht am 5. März von dort nach Kingston (Jamaica) in See. „Stein“ ist am 1. März von Plymouth nach Vigo in See gegangen. „Tiger“ ist am 1. März in Shanghai eingetroffen. Der Reichspostdampfer Koon ist mit dem Abfertigungstransport für „Comor“ am 20. Februar in Genoa eingetroffen und hat am 1. März die Reise nach Neapel fortgesetzt. Der Dampfer „Hohenstaufen“ mit einem Zweigtrans-

port für die Befahrung des Rasthof-Gebiets an Nord, ist am 29. Februar in Schanghai eingetroffen; der Transport hat am 1. März die Reise nach Tientsin fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

118. Sitzung vom Montag, den 2. März, 1 Uhr.

Zu Beginn der Montagssitzung wurde dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, dem Alterspräsidenten v. Winterfeldt-Mentin (konj.) zu seinem heutigen 85. Geburtstag die Glückwünsche des Hauses auszubringen.

Die erste Beratung der sogenannten

großen Gewerbeordnungsnovelle (Heimarbeiter)

wird alsdann fortgesetzt.

Abg. Anders (fr. Sp.) kommt auf die Berliner Heimarbeiter-Ausstellung zu sprechen. Diese habe ein vollkommen tendenziöses Ziel geschaffen. Die allerersten und schlechtesten Objekte seien ausgestellt worden. Dieses könne er von seinem Wahlbezirk (Sonnerberg-Meinungen), in dem die Spezialindustrie die Hauptrolle spielt, bestätigen. Die Heimindustrie sei ein an sich gesunder Organismus, nur Auswüchse und Mißstände seien zu beseitigen. Die Hausindustrie könne sich sehr wohl neben den Fabrikbetrieben behaupten. Bei allen Dingen müsse dafür gesorgt werden, daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht allein auf dem Papier stehen bleiben. (Beifall.)

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Bg.) bestreitet, daß die Ausstellung tendenziös gewesen sei. Selbstverständlich habe es sich nur um Stichproben handeln können, übrigens hätten auch Freistücke in der Ausstellungskommission gefehlt. Verlangt werden müsse die Einbeziehung der Heimarbeiter in die Krankenversicherung und die Aufstellung von Tarifverträgen, durch die die Lohnverhältnisse verbessert würden. Öffentlich werde in der Kommission ein passender Weg zur Lösung der schwierigen Frage der Heimarbeit gefunden werden.

Abg. Dr. Baumann (fr. Bg.) spricht gleichfalls lediglich über die Hausindustrie. Gleich gibt es auch eine helle und leichte Branche, wird in einzelnen Industriezweigen Qualitätserfolge gefeiert, aber das Zeugnis für die billige Durchschnittsware und was unterhalb des billigen Durchschnitts ist. Die Berliner Ausstellung hat die Augen geöffnet für den Zusammenhang zwischen geringwertiger Ware und geringwertiger Lebenshaltung ihrer Hersteller. Überall steigt die Kultur, auch die des Fabrikarbeiters, nur der Hausindustrie ist derselbe geblieben, wie vor vielen Jahrzehnten. Bei ihm bewahrt sich das eiserne Lohngesetz. Wer den Ausstellungen nicht glauben will, der gehe in ein beliebiges Warenhaus. Diese billigen Preise legen elende Löhne voraus. Wer diesen billigen Schund kauft, tut zur Verbreitung dieser Hausindustrie sehr, doch wir mit unserer Gefesbarkeit nicht nachkommen können. Der Redner richtet unter lebhaftem Beifall einen Appell an den Gehirnhaut und das sittliche Bewußtsein des Publikums, nicht den Schein einer Ware für Ware zu nehmen. Das mittlere Reelle liegt reelle Arbeit voraus und muß reell bezahlt werden. Ein solches Verbot der Heimarbeit würde einen großen Teil der Heimarbeiterinnen notwendig der berufsmäßigen Erhaltung oder der Armenpflege zutreiben. Ihnen das letzte Stück bürgerlicher Selbstachtung nehmen. Aber Kostbare kann man nicht mit Anspitzeln und Gesetzen regulieren. Was sollen Bestimmungen über den Schlafraum, wo in Berlin die Hälfte der Bevölkerung in Einzimmerwohnungen wohnt? Die Einschränkung der Kinderarbeit ist notwendig, da kann man nicht mehr zurück. Aber wer soll das kontrollieren? Die Lehrer? Die Lehrer werden sich dafür bekümmern. Die Ortsbehörde? Die ist sehr oft die allerinteressierteste Stelle; sie wird sich hüten, die Hausindustriellen in eine andere Gemeinde zu treiben, daß die Wohnungen in der eigenen Gemeinde leer stehen. Der Gemeindefiskus aber fehlen die Kräfte schon für die bisherigen Aufgaben. Wichtiger als alle Bestimmungen der Vorlage ist das Register, wenn es ausgeübt wird auf alle in der Hausindustrie tätigen Personen. Dadurch würde die verlässliche Hausindustrie ausgemerzt werden, die Beamtenschaft, die die mittlichen Hausindustriellen mit Recht als Lohnabhängige betrachten und vor allem durch die Register die Organisation erleichtern, und solange die Beamtenschaft nicht sich selbst antreißt aus ihrer Schlafschicht und Indolenz ihrem Fatalismus: Besser wird's doch nicht — solange können alle Gesetze nichts helfen. Organisation, die zu Tarifabschwächungen führt — mer daran mitleidet, verdient sich einen Lohn des Vaterlandes und erleichtert das Gewissen der Nation. Hier gibt es nicht Bloß und Antibold, hier gibt es eine Frage der reinen Menschlichkeit. (Beifall.)

Abg. Schiffer (Str.) legt Heimarbeiterauswüchse an, spricht über die Notwendigkeit obligatorischer Arbeiterauswüchse und hält eine Rede über das Koalitionsrecht.

Abg. Everling (ntl.) Die Sozialdemokratie ist der sozialpolitische Dr. Eisenhart. (Seitiger Zustimmung.) Heute werden viele Tausende in Sachen gegen Gott bei Land, das es jetzt so wenige Sozialdemokraten im Reichstage gibt. Und einmal kann man den Mißständen in der Hausindustrie nicht den Garaus machen. Die Arbeiter stehen sie, weil sie das Familienleben hüten. Baumann hat zu schwarz gemalt. Nicht überall ist das Haus-Schlafschicht, erzieht, und nicht überall kann eine Sorge aus der Heimarbeit heraus. Der Redner schließt die Rede mit dem Ersuchen der Hausindustrie, er sei seinerzeit den Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit mitgemacht hat. Die Kommission muß die Vorlage so ändern, daß sie dem Lebensbedürfnis der Arbeiter entspricht. Die Maßzahl darf nicht durch Schätze zur Plage werden.

Abg. Günther (fr. Sp.) bepricht eingehend die Verhältnisse der Spitzen- und Stickerindustrie im sächsischen Vogtlande. Man darf nicht immer nur die dunklen Seiten der Heimarbeit malen. Man darf nicht schematisch vorgehen. Bessere ist unangebracht. Auch die Beamten- und Handwerkerstände in der Plauenener Spitzenfabrikation haben ein Recht auf Arbeit; Lohnabhängige sind sie nicht. Das schäufelnhafte Verbot der Heimarbeit würde die Industrie nach dem Auslande drängen. Der Redner äußert Wünsche für die Salzindustrialien.

Abg. Eintraching (Gos.) Geht hat das Verbot nur für die Tabakfabrikation gefordert. Die Schärfer loben die Vorlage über den Daus, ein Verbot, daß sie für die Arbeiter unbrauchbar ist. Man will machen, aber nicht nachmachen.

Abg. Erberger (Str.) verteidigt die Berliner Heimarbeiterausstellung und rühmt die Verdienste des Berliner Heimarbeiterausstellung und rühmt die Verdienste des Berliner Heimarbeiterausstellung. Darauf verlegt sich das Haus. Dienstag 1 Uhr: Reichsamt des Innern. Schluß nach 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Die zweite Beratung des Etats wurde dem Etat des Ministeriums des Innern

Rapport „Polizeidirektionskommission in der Provinz Posen“ fortgesetzt.

Abg. Bierck (fr.) wünscht Befestigung der Direktionskommission, die in Posen eine besonders schwierige Stellung fassen.

Der allem begrüßt er die Einstellung von Mitteln zum Bau von Dienstwohnungen.

Abg. Pöschke (fr. Bg.) schließt sich diesem Vorschlag an. Desgleichen Abg. Wolff-Bell (fr.) und Abg. Kändler (fr. Sp.).

Minister v. Nolcke sagt die Prüfung der gegebenen Anregungen zu.

Das Kapitel wird bemittelt. Beim Kapitel

Landgendarmarie

Abg. Baensch-Schmitzlein (fr.) Erleichterungen für die Gendarmen. Man solle ihnen Ersatzabfertigung für die Bereitstellung von Dienstzimmern gewähren. Die Dienstwohnungsgelder müßten erhöht werden, desgleichen die Wohnungsgelder. Bei einer Verpachtung der Bekleidung wünscht Redner, man möge den Gendarmen das Tragen von Schnürriemen gestatten.

Abg. Schulz-Pellum (fr.) bringt ebenfalls Wünsche zugunsten der Gendarmen vor. Man müsse für bessere Wohnungsverhältnisse sorgen und die Pferdegeber für berittene Gendarmen erhöhen.

Abg. Krause-Dawison (fr.) spricht sich in dem Sinne der Vorredner aus.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) meint, die jährliche Behandlung der Wünsche der Gendarmen hier im Hause habe ja schon einiges Gute gewirkt, aber sehr viele berechtigte Forderungen seien noch immer unerfüllt. Auch dieser Redner bringt dann eine ganze Reihe ins einzelne gehender Forderungen vor.

Abg. Wamhoff (ntl.), Abg. Hammer (fr.) äußern sich ähnlich wie der Vorredner.

Abg. Busch (Str.) hält es für ungemäßig, daß der Gendarm heute dem Landrat und außerdem noch der Militärverwaltung unterliege. Man solle ihn allein dem Landrat unterstellen.

Abg. Käse (fraktionslos) äußert wieder Wünsche für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Gendarmen.

Minister von Nolcke verliest sein Wohlwollen für die Gendarmen. Er hoffe in diesen Beziehungen auch auf das Wohlwollen des Finanzministers. Zu jeder Beziehung sei es wünschenswert, daß erhöhte Mittel für die Beförderung der Wohnungsverhältnisse zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Es erfülle ihn mit Genugtuung, daß der Minister nicht nur wie üblich sein Wohlwollen ausgesprochen, sondern auch sofort bestimmte Zusagen erteilt habe. Gegenüber einer Bemerkung des Abg. Busch betonte er, daß die Preisniedrigkeit der Kostpreise mit dem Abg. Baumann bezüglich des Beamtenerlasses nicht übereinstimmen. Die Preisniedrigkeit der Kostpreise würde keine Maßbeeinträchtigung. Hierbei entspringt sich eine Polemik zwischen dem Abg. Busch und Wiemer. Das Kapitel wird bemittelt.

Beim Kapitel „Allgemeine politische Ausgaben“ erörtert Abg. Fäßbender (Str.) das Fürsorgerziehungssystem.

Der Redner verpricht sich Erfolg von der Fürsorgerziehung, die natürlich die Familienziehung nicht ersetzen könne, nur dann, wenn die Kinder möglichst früh in Fürsorgerziehung gebracht würden, und wenn sie nicht in Anstalten, sondern in Familien, namentlich in ländlichen Familien, untergebracht würden. Der Redner befürwortet eine entsprechende Abänderung des Fürsorgerziehungsgesetzes.

Abg. Seidenroth (fr.) spricht sich demselben Sinne aus. Das Amt des Fürsorgerichters müsse ein Ehrenamt bleiben und nur solchen Leuten übertragen werden, die sich dazu eignen (Beif.).

Abg. D. Sadenburg (ntl.) tritt für Koordination bei der Fürsorgerziehung ein. Diese solle auch die Familienziehung miteinbeziehen, und da würde sich gemeinschaftliche Erziehung beider Geschlechter nur empfehlen. Der Minister sollte entsprechende Anordnungen treffen. (Beifall links.)

Abg. Henning (fr.) empfiehlt möglichst frühere Unterbringung der Zöglinge. Erlich belästigt Kinder gehören in die Fürsorgerziehungsanstalten, nicht in die Familienfürsorge.

Geheimrat Schöffler: Die Familienziehung verdient gegenüber der Anstaltsziehung der Fürsorgerziehung den Vorrang.

Abg. Sadenburg (ntl.) betont nochmals, daß er für gemeinsame Erziehung sei.

Abg. Wenzel (Str.) weist auf die wachsende Zahl der Straftaten hin. Die Straftatendenken sollten sämtlich dem Ministerium des Innern unterlegt werden.

Scheinart Krohne: Wir legen großes Gewicht darauf, daß die Straftatendenken, insbesondere in den Justizhäusern, unausgeseht und anstrengend arbeiten. Freilich dürfen wir nicht so weit gehen, daß die Leute ebenfalls gemüßigt werden, sich öfters hinsetzen. Wir können nicht zu vielen Straftatendenken im Freien beschäftigen; erst müssen wir den Gefangenen unter die Rechtsordnung bringen.

Abg. Haarmann (ntl.): Dem Gefangenen muß klar werden, daß er sich in Gefängnis befindet und nicht in Gasthof. Abg. Graf Wartensleben-Mogeln (fr.) behandelt die Unterbringung irrer Verbrecher.

Abg. Wenzel (Str.) führt die große Zahl rückfälliger Verbrecher auf den Strafplatz zurück.

Abg. Rosenow (fr. Sp.) fordert höhere Besoldung für die Anstaltsärzte. Penitentiarier sollten nicht zu Straftatendirektoren machen. Im übrigen wünsche er, daß die Gefängnisverwaltung stets von dem Gesetze befreit sein möge, der heute im Ministerium des Innern herrsche.

Abg. Strofer (fr.) meint, daß die Gefängnisverwaltung des Ministeriums des Innern mit dem Zeugnis aller Redner zufrieden sein könne.

Der Rest des Etats wird ohne Erörterung bemittelt. Dienstag 2 Uhr: Schmarrenvorlage, Etat der Seefischerei. Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Die Ereignisse in Marocco.

Der marokkanische Spezialdeputierte Abdul Ahs' El Wortli, machte gestern morgen dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau einen Höflichkeitsebesuch, wobei Clemenceau die Versicherung erneuerte, daß Frankreich keinerlei Hintergedanken habe, Marocco zu erobern. El Wortli erwiderte, sein Verhalt in Frankreich habe ihn davon vollkommen überzeugt. Er habe die Ansicht, der Zustand der Schawia sei auf die Umtriebe von Agenten Mulay Hafids zurückzuführen und ihre Unterwerfung sei eine Frage der Zeit und der Geduld.

General D'Antony hat bei seinen Besprechungen mit den Ministern, wie der „Zeitungskritik“ mittelt, folgende Ansichten vertreten: b'Amade hätte, anstatt nach seinem improvisierten Vorschlag am Mellassische Truppen vor der Reichs heranmarschieren, lieber die Ruhepause benutzen sollen, um vor der Reichs zum Zentralpunkt für die Versorgung der gesamten Truppe mit Munition und Lebensmitteln zu machen und, wenn ihm dies mit den vorhandenen Mitteln unmöglich war, Unterstützung verlangen sollen, wie die Regierung ihm nahelegte. Ansonsten sei noch nichts verloren; nur müsse man mit dem schlechtesten und gefährlichsten System der ohne Rücksicht operierenden Kolonnen hausieren und endlich brechen. Erst nach zweimündiger Zustandlegung des Klages vor Reichs wäre der Weg Settat-Casablanca völlig gesichert.

lowie eine Operationslinie nach Marrakesch und die Möglichkeit gegeben, mit Aussicht auf Erfolg in der Richtung auf Magadan und Fez vorzugehen. Man nach Bedarf militärische Hilfe in das Schawiagebiet zu unternehmen, ohne jemals die Littere. Die von d'Amade beantragte Aktion in b'Amade Casablanca nach der Reichs, merkte D'Antony, würde sich als notwendig erweisen. Falls der Ministerpräsident, was wahrscheinlich geschehen ist, die Entsendung b'Amades Aktion ins Schawiagebiet direkt Einstimmig, ohne auf die Befestigung von Casablanca ins Werk legen zu wollen, aus der bevorstehenden Abfertigung von Truppen nach Sultans Abd ul Wiss von Rabat nach Agmat und berichtigte Aufmerksamkeit widmen.

Der Bandenbetrieb in Mazedonien.

Die teilweise Verbenkung der zu Bandenverbänden spezialisierten Brigade hat begonnen und zwar im gebirgigen nördlichen Maritimo, das zum Bezirk Perlepe im Sandhalden Monarchie gehört und sich dem griechischen Sandhalden überschneidet. Im vorigen Monat teilte der Kommandant eines Truppeneinsatzes, Hauptmann Samail, bei der Verfolgung einer griechischen Bande in einem von der zweiten griechischen Bande gelegten Hinterhalt von einer getötet, aus wurden sechs Soldaten getötet oder verwundet. Infolge dessen hat der Generalinspektor den Kommandanten des dritten Armeebereiches beauftragt, ein ganzes Bataillon der neuen Spezialbrigade, das sich 16 Streifdetachements, zur Säuberung des besagten Rajahje zu verwenden und die Garnison von Titosch um zwei Kompanien zu verstärken.

Die Bombeneigenschaft in Teheran.

Nach Meldungen aus Teheran war die Bombe, die dort am Sonnabend explodierte, nicht einer zweiten unter einem Reichthausen verstreut worden, zweihundert Meter von dem Schauplatz des Attentats auf den Schah entfernt. Die Explosion erfolgte, als zwei Arbeiter den Reichthausen wegtragen wollten; diese wurden beide getötet. Die andere Bombe explodierte nicht. In den Hospitälern von Teheran sollen die „Laut“ zufolge, zum Tode verurteilten Personen liegen, die bei dem Attentat auf den Schah Verwundungen davongetragen.

Halle und Umgegend.

Halle a. S. 3. März.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 2. März.

Im Anfordungsstück die Herren Geh. Kommerzienrat Steiner und Justizrat Köhring, Baumeister Ghas und Fabrikant G. Lehle.

Zunächst werden eine Anzahl Eingänge besamt gegeben: Herr Krüger bietet sein Lebensversicherungs 3 belagtes Grundstück zum Kauf an. Die Sache wird auf 14 Tage zurückgelegt. Direktor und Lehrer der städtischen Oberrealschule bitten, die zum 1. April verfallende Entlassung des Schuldners rückgängig zu machen. Der Mann, der 20 Jahre im Dienst ist, hat durch ein Versehen verurteilt, daß ein Kessel der Heizungsanlage im Werte von 700 Mark verbrannt ist. Herr St. Wenzel bemerkt dazu, der Mann sei 65 Jahre alt und habe sich, abgesehen von jenem Schaden, stets pflichttreu bewiesen. Ihm sollten 100 Mark von seinem Einkommen gezahlt werden, und das sollte er im ersten Schreie ab; darauf erfolgte die Klärung. Der Bürgermeister v. Holz erklärt, daß der Magistrat nicht anders handeln konnte, nachdem der Mann, der durch seine Pflichtwidrigkeit zu erheblichen Schäden verurteilt ist, sich auf nichts einließ. Die Sache geht an den Petitions-Ausschuß. Gleichfalls an den Petitions-Ausschuß geht die Petition der Arbeiter des Schlafst. und Viehhofes um Lohn-erhöhung. An den Theatersauschuß wird auch eine Eingabe der Dreiermitgliedern des Stadttheater übermitteln. Schließlich liegt noch eine Einladung zum Konzert des fünftägigen Quartetts vor, das die Herren zum Besten der städtischen Armenkassa demnach als Dank für die Erhebung dem 100. (Zuchthaus-)Konzert gegeben wollen.

Punkt 1 betrifft die

Einführung der Schenkungssteuer und Regelung der Bedürfnisfrage.

Herr St. W. u. M. u. e. als Referent legt dar, daß die beantragte Schenkungssteuer zur Voraussetzung der Vermögenszuwachsung habe. 80 Prozent der deutschen Einkommen, namentlich die Großstädte, haben bereits den Bedürfniszuwachsung. Zur Begründung führt die Magistratsvorlage den zunehmenden Wohlstandes des Schenkenden und weiter, die hohe Ziffer der Säuglingssterblichkeit mit verknüpft und u. weiter. Weiter wird auf die viel zu große Zahl der Schenkungen in Halle hingewiesen, die eine Förderung des Alkoholismus bedeuten, und schließlich der steuerliche, außerordentliche Handel mit Schenkungsgegenständen ins Feld gerufen. Der Magistrat hat diese Weise ein Verbot erlassen, das man besser so halten sollten. Hierüber ist der Schenkungsgegenstand nicht; das veranlaßt nebenbei noch die unbillige Erscheinung, daß konkurrierende Wirthe sich gegenseitig wegen unzulässigen Schenkungsgegenständen benutzten. Zwei Bedenken hat der Bedürfniszuwachsung; er erwidert, es sei ein Eingriff in die Gewerbetreibenden, aber das Gesetz liegt nicht auf dem Gesichtspunkte des Schenkenden, sondern der Konjession; sie muß also, wenn ein Gastwirt für sich, Konjession stets von neuem durch den Nachfolger nachgeliefert werden. Die Wirthe erwidern den Bedürfniszuwachsung, sie sagen sich, das letztere Bedenken wiegt leicht gegenüber dem großen Vorteil, dem Monopol, das ihnen durch den Bedürfniszuwachsung wird. Wenn aber den Wirten im Interesse des allgemeinen Wohles dieses Monopol gegeben wird, dann müssen sie auch das Äquivalent leisten, die Schenkungsgegenstände, die in den Grenzen, wie der Magistrat sie plant, erträglich ist. Wir brauchen eine neue Steuer, der wir nicht die direkten Steuern erhöhen wollen, die wir möglichst niedrig halten müssen, um nicht den Zuzug der Rentiers, Pensionäre ufm. herbeizulocken.

Herr St. Wenzel bemerkt darauf aufmerksam, daß unsere Bekanntheit nur vorübergehend ist. Im nächsten Jahre werden wir sicher wieder 200 000 Mark Ueberflüsse von der Sparkasse zu erwarten. Die Laster solle man nicht aufheben, die meisten legen und nicht dem Wirtschaft allein aufbürden. Die letzten Momente, die Bekämpfung der Trunksucht sind, sollen doch wohl blos Weimer; das Ziel ist einzig, Geld zu haben. Aber bringt denn die Schenksteuer auf die Dauer wirklich jene Mittel, die man erhofft? Nein! Der Referent

erwidert, er könne nicht sagen, wie es werden wird, aber er glaube, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.

Herr St. Wenzel bemerkt, daß die Schenkungssteuer ein Mittel sein werde, um die Trunksucht zu bekämpfen.



der Schankstätten wird kurz zurückgehen... Was nun denn... 8 Prozent Steuerzuschlag, die wir durch die Neuein-

Herr Bürgermeister v. Holly führt aus, daß die Städte in ihrer Finanzverwaltung ausständig sind... Herr Stv. Giese ermahnt zur Einstimmigkeit, daß durch den Bedürfniszwang die Hälfte der Gastwirtschaften verschwinden...

Herr Stv. Giese ermahnt zur Einstimmigkeit, daß durch den Bedürfniszwang die Hälfte der Gastwirtschaften verschwinden... Herr Stv. Giese ermahnt zur Einstimmigkeit, daß durch den Bedürfniszwang die Hälfte der Gastwirtschaften verschwinden...

Herr Bürgermeister v. Holly sagt dar, daß nicht die Gefahr besteht, alte Wirtschaften könnten bei Todesfall um die KonzeSSION verlieren... Herr Stv. Giese ermahnt zur Einstimmigkeit, daß durch den Bedürfniszwang die Hälfte der Gastwirtschaften verschwinden...

Herr Stv. Grimm betont die moralische, die soziale Seite der Sache als basierend, was für ihn den Ausschlag gebe... Herr Stv. Giese ermahnt zur Einstimmigkeit, daß durch den Bedürfniszwang die Hälfte der Gastwirtschaften verschwinden...

Herr Stv. Giese wendet sich in längeren Ausführungen gegen den Bedürfniszwang und gegen die SchankkonzeSSIONsteuer... Herr Stv. Herzfeld würdigt die, daß die Bedürfniszwang, nachdem sie vor einem Jahre abgelehnt ist, schon wieder kommt...

In der namentlichen Abstimmung stimmen folgende Herren zu: Ahrendorf, Bengert, v. Dume, Borges, Brandes, Colberg, Dehne, Dieckel, Engelde, Gehring, Grimm, Hartung, Helmede, Herzau, Probst, Rasmussen, Red, Richardt, Reuß, Schmidt, Rimmert, Siemens, Springer, Stehner, Stephan, Wolff und Zell...

Titim. Der Bedürfniszwang und die SchankkonzeSSIONsteuer sind also

angenommen. Das Ortsstatut mit seinen einzelnen Bestimmungen wird nach dem Entwurf des Magistrats unverändert mit 34 gegen 12 Stimmen genehmigt. Ein Antrag des Herrn Stadt, Reife, das Ortsstatut auf nur zwei Jahre festzusetzen, fiel damit.

2. Die Reproduktion für durch Beschluß vom 15. Okt. 1907 zur Ausführung verpflichteter Anordnungsarbeiten in der zweiten Predigerwohnung der St. 90... 4. Das Gelände zu beiden Seiten der Metzburgerstraße entbehrt jeglichen Plages...

5. Der Doppelstapel Nr. 75o A im südlichen Schlachthof bezagt einer gründlichen Reparatur... 6. Die unter Kapitel XIII. A. II. 2 des laufenden Haushaltsplanes vorgesehenen Mittel für Bureauaufwand des Hof- und Aufwands, einschließlich Schreib- und Zeichenmaterial...

7. Unter Titel I Hof. 8 des Haushaltsplanes des Stadttheaters für 1907 waren 27500 Mark zur Neuaufmalung der Decken und Wandflächen sowie der Türen und Fenster im Foyer und Vestibül eingestellt... 8. Dem Kaufmann Oswald Steinbrecher, hier, wurde der seit dem Jahre 1874 von ihm gemietete Eckladen nebst Ladenfläche im Rathaus, vom 1. April 1909 ab unter den bisherigen Bedingungen auf weitere 6 Jahre zu dem jährlichen Mietpreise von 4000 Mark überlassen...

9. Der Maurer Karl Strußel hat auf seinen Grundstücken Talstraße 24b und 25 Neubauten errichtet... 10. Der Würgerverein in Halle-Mord bittet um Wiederankaufbeschlüsse vom 7. Oktober, betreffend Hundsteinbefreiung für das Schumannsche Grundstück Ecke Trift und Große Brunnstraße...

11. Der 4. kommunale Wahlbezirks-Verein bittet, nunmehr bald die Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen am Parkbad zu errichten... 12. Der 4. kommunale Wahlbezirks-Verein bittet, nunmehr bald die Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen am Parkbad zu errichten...

13. Die Schlachthof- und Entrost-Schlachtgerese am südlichen Schlachthof bitten, ihren Kindern, welche zur Mittagszeit das Essen bringen, den Zutritt zum Schlachthofverbot zu gestatten... 14. Der Stuktureur Hugo Hübner bittet namens des Verbandes der Bildhauer und Stuktureure, der Magistrat solle städtische Arbeiten für Bildhauer und Stuktureure nur durch ständige Arbeiter ausführen...

15. Eine Eingabe des Zoologischen Gartens betr. Subvention wird zurückgelegt, da eine Vorlage des Magistrats zu erlangen ist.

Der IV. kommunale Wahlbezirks-Verein hat seine Monatsversammlung am Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Hotel Brückenhof, Deilichoferstraße 2, Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Ausführung der SchankkonzeSSIONsteuer im Zusammenhang mit der Bedürfniszwang. 2. Die Wertungsausschüsse. 3. Die Reueinrichtungen in der Rätzlichen Gossanstraße. 4. Sonstiges. Gäste sind willkommen.

Der Klub Seltenerer Einzelspieler hält jeden Mittwochabend im Gesellschaftslokal (früher Konterhaus), Kasernenstraße 14, Fahrzeugabend ab... Als Geschworene sind nur einiger Zeit folgende dreißig Herren ausgelost worden: Gutsbecker Ernst Feil in Kriemberg, Rittergutsbesitzer Karl Leubauer auf Gut Redeburg, Prof. Dr. Karl Müller hier, Amtsvorsteher Albert Graumann in Döberitz...

Gerichtsverhandlungen. Schwurgericht. Halle, 2. März.

Heute begann die zweite diesjährige Sitzungsperiode des königlichen Schwurgerichts. Sie wird sich Sitzungsperiode mit je einer Verhandlung in Anspruch nehmen.

Als Geschworene sind nur einiger Zeit folgende dreißig Herren ausgelost worden: Gutsbecker Ernst Feil in Kriemberg, Rittergutsbesitzer Karl Leubauer auf Gut Redeburg, Prof. Dr. Karl Müller hier, Amtsvorsteher Albert Graumann in Döberitz...

Der Vorsitz führte Landgerichtsrat Reddig. Die Anklage betraf Staatsanwalt Schäffler. Verteidiger waren die Rechtsanwältin Sparg und Spilling.

Der Angeklagte sahen der landwirtschaftliche Arbeiter Robert Reumann und seine Ehefrau Beate geb. Janara. Die Frau war beschuldigt, im Juli 1906 ihr sechs Wochen altes Söhnchen Robert durch Einführen von Schnaps und durch Würgen mit einem um den Hals gehängenen Tuch zu ermorden versucht zu haben...

Die Verhandlung gegen die beiden erfüllte höchst unheimliche Charaktere. Die Angeklagten stammen aus Schlichting-Holen und sind bereits wegen Diebstahls verurteilt. Die Frau ist 37 Jahre, der Mann 38 Jahre alt. Beide trinken nach ihrem eigenen Geständnis täglich Schnaps, morgens, mittags und abends. Die Frau hatte vor ihrer Verheiratung mit Reumann im November 1905 geboren drei uneheliche Kinder...

Im Frühjahr 1906 verdingte sich das Ehepaar als landwirtschaftliche Sommerarbeiter aus Schlichting nach Sachsen. Zunächst arbeiteten beide auf einem Gute in Döberitz bei Weimar. Hier kam die Frau am 5. Juni mit einem Knaben nieder. Der Gutsbesitzer gab ihr Geld zur Schmerze, ihr Mann soll es ihr aber weggenommen und in Schnaps vertranen haben. Nach Behauptung der Frau ist Reumann ein Entzeker, der auch sie selbst zum Trunke verleitet habe, während sie vor ihrer Verheiratung dem Schnapsgegnüß nach nicht getrunken habe. Ihr Mann habe sie schließlich gehandelt und ertränkt. Er habe sie verdrückt, sie mit andern Männern abzugeben. Das im Juni geborene Kind habe er nicht für das seine gehalten...

Als das Ehepaar von Döberitz nach Deutzen bei Weitzin verzog, soll Reumann die Frau oft angegriffen haben, dem Kinde Schnaps einzugeben. Dann müße es sterben, und sie brauchten für das Wurm nicht mehr zu arbeiten und Pflegegeld zu ziehen. Da die Eheleute tagtäglich auf dem Felde zu arbeiten hatten, lo überließen sie nämlich das Kind noch frühen Morgen bis zum Abend einer Frau, der sie wöchentlich 2,30 Mark Pflegegeld zahlten. Nach Aussage dieser Frau hat sich die Reumann wenig um das Kind gekümmert. Auf Vorwürfe der Pflegerin über die mangelhafte Pflege des Kindes erwiderte die Reumann gleichmäßig: „Aß, das muß halt werden!“ Einige Tage vor dem Tode des Kindes soll Reumann seine Frau mit dem Kinde nach 9 Uhr abends aus der Wohnung gelagt und sie vier Stunden lang in der fahlen, regnerischen Nacht vor der Tür haben stehen lassen. Am Sonntag, dem 22. Juli, wanderte das Ehepaar vormittags nach Weitzin, um Brot zu holen. Sie tranken dort Schnaps. Auf dem Heimwege nach Deutzen, um die Mittagszeit, soll Reumann seine Frau auf eine neue angefordert haben, dem Kinde Schnaps einzugeben, ihm außerdem noch ein Tuch um den Hals zu schlingen und die Schlinge zuzuziehen, damit es schneller umkomme.

Mittwochabend 1 Uhr führte die Frau die unselbige Tat aus, während ihr Mann in einem Stalle schlief. Sie will zu dem Verbrechen mit größtem Widerstreben, lediglich aus Furcht vor den Drohungen des Mannes geschrieben sein. Sie füllte ein Schnapsglas zur Hälfte mit Branntwein und löste den verdrückten Zügel dem Kinde ein. Das Vermische begann sehr bald zu röheln und die Augen zu verdrehen. Nach einer halben Stunde war es schon tot. Die Reumann schlang ihm auch noch ein Tuch um den Hals, was das aber erst getan haben, als der Tod schon eingetreten war. Die Pflegerin des Knaben wollte die Todesnachricht anfangs gar nicht glauben, denn der ermordete Knabe war nach ihrer Schilderung ein gelinder, fröhlicher, hübscher Junge. Sie eilte in die Wohnung der Reumanns und fragte beim Anblick des toten Kindes behermet: Wie habt ihr denn das angefangen? Der Mann verzog bei ihrem Eintritt Tränen, klopfte sie auf die Schulter und sagte: Sie haben treulich seine Schand! Die Frau sah tränenlos und gleichgültig auf dem Bett.

Der wegen Anstiftung angeklagte Chemann befreitete jede Schuld. Er habe den Tod des Kindes keineswegs gemollt. Alle Anklagen seiner Frau gegen ihn seien unwahr.

Nach den vom Genarmen über Neumann eingegangenen Erfindungen soll dieser ein dem Trunke ergiebiger, gewaltthätiger Mensch sein, der seine erste Frau zu Tode geprügelt habe. Er verleihe sich aber in Worten sehr gefällig zu rechtfertigen und mache den Eindruck eines Wollfies im Schauffelde.

Nach Angabe mehrerer Frauen soll Neumann ein bummeliger Arbeiter gewesen sein, dem man stets zwei Flaschen Schnaps zur Arbeit habe nachtragen müssen.

Der Gerichtsarzt bescheinigte die Frau Neumann als etwas schwachmüthig. Als geistig normal lie sie aber nicht anzusehen.

Da die Obduktion der Kindesleiche erst 1 1/2 Jahre nach dem Tode vorgenommen worden ist, so war es nicht mehr möglich, festzustellen, ob das Einfließen des Schnapfes die einzige Todesursache gewesen ist. Die Neumann behauptet, in jener regnerischen Nacht, in der sie vier Stunden lang mit dem mangelhaft beheizten Kinde im Freien habe zubringen müssen, habe es sich erfüllt und sich eine Diarrhöe zugezogen.

Infolge dieser Ungewißheit über die ausschließliche Todesursache ist die Anklage nicht auf vollenenden, sondern nur auf verurtheilt worden. Es ist nicht unmöglich, daß auch Kinderkrankheiten bei dem Tode mitgewirkt haben. Die Strafthat erst durch die gegenwärtigen Beschuldigungen der freitenden Eheleute zur Anklage. Der Mann soll die Frau mehrfach, „Menschenswürde“ geküßt haben.

Die Beschlagnahme betraf die Frau die Schuldfrage auf verurtheilt worden. Den Mann sprachen sie dagegen der Anstiftung nicht schuldig.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Frau Neumann neun Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Jahre Zuchthaus.

Provincial-Nachrichten.

(**Naumburg**, 1. März. Die Stadtvorordneten-Versammlung) beschäftigte sich mit dem Antrage des Komitees zur Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmal's, ihm zur Errichtung des Denkmals einen Teil des Kaiser-Friedrichsplatzes für das Denkmal zur Verfügung zu stellen, der bereits ausserordentliche Mittelplatz von einem Teile des Komitees für nicht geeignet erachtet wird. Im Laufe der darüber geführten Debatte wurde der Vorschlag gemacht, an Stelle des Denkmals irgend eine nutz- und gegenbringende Anstalt ins Leben zu rufen und sie nach dem Kaiser Wilhelm I. zu benennen. Dieser Antrag fand nur die Zustimmung von drei Stadtvorordneten. Der Antrag des Komitees wurde mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Aus einer Bemerkung des Magistrats ergibt sich, daß noch 6000 bis 8000 Mark an Denkmalskosten fehlen.

(**2. März**, Die Genid'farrre) hat jetzt auch in Zeitz ihren Einzug gehalten und zwar sind bisher zwei Fälle festgestellt worden. Im ersten Falle handelt es sich um ein Kind aus der Naumburger Straße, das sich jetzt im Krankenhaus befindet. Der zweite Fall betraf eine männliche erwachsene Person, die im Krankenhaus der hiesigen Seuche erlagene ist.

(**Zeitz**, 2. März. In der Zuderfabrik Teufelshof, Rechner u. Co., entfiel gestern ein größerer Brand durch den das Zuderlager sowie auch Gebäude eingestürzt wurden. Der Schaden soll einige 100 000 Mark betragen und ist durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt.

(**Wiesbaden**, 2. März. Verhaftung.) Auf Requisition der Staatsanwaltschaft in Chemnitz wurde am Mittwoch der Hausdiener des Hofes, „Zum goldenen Stern“, Richard Wolf, wegen zahlreicher Betrugsdelikte verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Schmiedeberg transportiert. Wolf war erst vor kurzem hier angekommen.

(**Sangerhausen**, 2. März. Wem gehört der Rahe?) Freitag nachmittag wurde ein etwa 3-4 Jahre alter Knabe, der früher in dem Jagd- und Sangerhausen nach Kassel mitgenommen hatte, ohne Aufsicht war, angehalten. Das Kind vermochte weder seinen Namen noch Wohnort anzugeben und wurde in Kassel der Behörde übergeben.

(**Berzburg**, 2. März. Auszücken mit Hindernissen.) Heute früh 7 Uhr wollte eine junge Frau ihren Mann mit dem Möbeln verlassen. Als die Sachen aufgeladen waren, lief das Pferd den steilen Hofenberg hinauf, wobei ein Rad vom Wagen los und der Wagen umkippte, so daß die Straße bis ans Neufelder Tor mit Betten, Stühlen, Tischen und sonstigem Hausgerät besät war. Mit der Flucht war's nun nicht's.

(**Deftau**, 2. März. Ein Ausbruchsvorfall) unternahm kürzlich trotz Fesselung an Händen und Füßen der im Dessauer Gerichtsgefängnis detinirte Schwager des Gefängniswärters Kirch, Schlosser Otto Wille, indem er mittels eines in seiner Zelle verfertigt gehaltenen sehr feinen Sägebälthens zur Nachtzeit die Außenwände der Fenstervergitterung durchzulassen begann. Der Gefängniswärter wurde alarmirt und die weitere Tätigkeit des Ausbrechers damit verhindert. Eine Scheibe des Zellenfensters hatte der Ausbrecher von der Verankerung gelöst und nach Beirat mit Schweißelot, von der Zufuhr herabdrück, wieder befestigt. Natürlich wird er jetzt aus allerhöchster Nothwendigkeit. Das Sägebälthens muß er, bevor er die Anstaltsleitung erhält, im Anterzimmer der eigenen Kleidung verbergen, eingeschmuggelt und so lange in der Zelle verfertigt gehalten haben, bis er gläubte, den Abruch zu verbergen zu können.

(**Veitz**, 2. März. Ein Vermerkerungslid.) Auf dem Bahnhof Lohndorf bei Veitz ist am Sonntag abend der 34jährige Arbeiter Bödingen aus Veitz, lebensfähig beim Verbrechen tödtet worden. Der Verdamnt wurde erst beim Ausfahren des Zuges aus der Station bemerkt. Der Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Kunst und Wissenschaft.

Ein bisher unbekannter Brief Richard Wagner's befindet sich im Archiv des historischen Vereins für Mittelfranken. Das Schreiben am 29. Dezember 1868 von Wagner an den Koblenzischen Substituten H. Gerlach, lautet: „Herr Professor Gerlach! Gestern sind hier die vier Bände der Partitur (Original) meines „Lohengrin“ an Ihre verehrte Adresse zur Post gegeben worden; ich nehme an, daß sie zeitig genug ankommen, um von Ihnen seiner Majestät dem Könige auf den Weihnachtstag gelegt zu werden, wozu ich Sie herzlich gebeten haben möchte. Ihren geneigten Mittheilungen entgegenzusehen, grüße ich Sie hochachtungsvoll ergeht sich bei dem Herrn Reich Wagner.“

Kalender mitteleuropäischer Ausstellungen. Aus London wird berichtet: Die berühmte Frankfurter Sammlung, die eine Reihe der neuesten Werke mitteleuropäischer Kleinwelt umfaßt, kam am Donnerstag bei Christie zur Versteigerung und erzielte außerordentlich hohe Preise. Ein beiziger Kampf entpann sich um das Glanzstück der Sammlung, ein Eborium aus tuppergefäßigenen

Emal, das als eine feine Arbeit des 13. Jahrhunderts gilt und der Malmebury-Arbeit entstanen soll. Unter lautem Applaus ging es für 120 000 M. in neuen Besitz über. Ein paar emallirte Kerzenhölzer aus der gleichen Zeit erzielten 9000 M. Ein in hartem Kupfer eingeschnittenes goldenes Gefäß, welches aus der Zeit Heinrichs VII. aus Horn gefertigt und mit Silber besetzt. Schließlich ging er für 46 000 M. über. Der Silberbeschlag des Gefäßes wiegt annähernd nur sechs Unzen, so daß die Unze mit 8000 M. bezahlt wurde.

Russische Literaturgeschichte. Der bekannte russische Dichter Konstantin Balmont, der in der russischen „Modernen“ ungeliebt die Stellung eines einflussreichen Kritikers einnahm, läßt sich im neuesten „Literarischen Echo“ (Berlin, Eigen Verlags- u. Co.) in sehr pessimistisch-abfälliger Weise über den gegenwärtigen Stand der dortigen Literatur vernehmen. Das zinsige Gebiet, auf dem zurzeit Bemerkenswerteres geleistet wird, ist die Kritik: Regungen wie Belter Wjrusow und Heber Golodiz sind zwar ziemlich eng begrenzt, aber auf ihrem eigenen Gebiete desto fester. Seit Dostojewski hat Russland keinen genialen Erzähler mehr gehabt. „Die einen haben Talent, aber keinen Stil; die andern haben Stil, aber kein Talent. Es gibt auch solche, die beides besitzen, ich aber halb oder ganz erschöpft haben. So gerührt auch die Kritiker, dieser Verfall der russischen Prosa, der Bereich der Vergangenheit und ist gerade aus diesem Grunde beim großen internationalen Publikum so beliebt. Für dieses Publikum schreibt auch Mereschkowski seine großen historischen Romane. Sinabio Sippus ist lautlos verweilt. Nicht interessant sind Sogow und Kewlow, doch sollen sie uns wenig. Kewlow bringt uns zuweilen ein fröhliches Lächeln, Sogow zeigt uns manchmal einen Herbstblau, der betraute wie ein Frühlingsschnee aussteht. Es ist aber zu wenig.“ Die Gründe für diesen Tiefstand erörtert Balmont dahin: „Erstens gibt es jetzt nur wenig wirkliche Talente, und zweitens gibt es zuviel kleine Talente; die letzteren haben sich auf die bereits vorhandenen Formen und Formeln gelagert und betreiben die Literatur wie einen Sport.“ Die russische Poesie war vor fünfzehn Jahren noch lange nicht so verfeinert und formell vollkommener, wie sie es jetzt ungefähr sieben Jahren ist. Sie hat in den letzten Jahren bald drei, vier wirklich hervorragenden Dichtern eine ganz gewaltige Wirkung bewirkt; die Sprache und die Versformen sind komplizierter und mannigfaltiger geworden; sie hat neue, leichteste Blüten getrieben und manche herrliche Frucht geerntet. Die Aufschwung verdankt eine Menge kleiner Talente ihre Existenz; sie alle besitzen die Fähigkeit, äußere Eindrücke in sich aufzunehmen, nicht aber die Fähigkeit, sie zu einem Kernworte zu verarbeiten; auch haben ihre inneren Erlebnisse in ihrem Verhältnis zu den äußeren Welt nicht weniger einen sehr großen Einfluß gehabt. Die geistlich an Erlebnissen, von den Eindrücken der Welt, der Schlange hat uns den Lebensbaum gezeigt, und doch sind Menschen nicht zu Göttern geworden. Einige große Schlagen haben nun eine Menge kleiner Schlagen auf die Welt gebracht, die alle zu einem großen Anwälter verurtheilt sind. So herrscht auch bei den jüngeren russischen Dichtern ein allseitig entwickeltes Situationsbewusstsein. A. spricht nur von B. von A. von C. von B. von A. und so fort. Es ist ein wilder Reigen des ganzen Alphabets, verbunden mit einer ganz unerblimten Selbstherrlichkeit und Selbstgefälligkeit.“

„Alt-Heidelberg“ als Oper. Die nach Wilhelm Meierhoffer's bekanntem Schauspiel „Alt-Heidelberg“ komponierte Oper „Eidolbergia mia“ erzielte bei der Aufführung im Teatro Carlo Felice in Genua einen großen Erfolg. Die Presse hebt den poetischen Wert des von Colantuoni verfassten Textes hervor. Die Musik von Pachierotti ist gefällig aber nicht eigenartig.

Wermischtes.

Die Alenteiner Offizierstragödie, die noch frisch in aller Gedächtnis ist, hat ihren plötzlichen, jähem Abfall gefunden. Aber nicht vor dem Richter haben der Mordmörder und seine Buhle ihre verdiente Strafe gefunden. Der eine von ihnen hat, zu feige, um zu lächeln was er getreue am Leben des Wästeln, Sand an sich selbst gelegt. Aus Alentein kommt von Selbstmord des Hauptmanns von Goeben folgende Nachricht: Gestern nachmittag 4 Uhr hat von Goeben durch Desinen der Halskragen seines Leben ein Ende gesetzt. Der um 5 Uhr erkrankene Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. — Nun steht der Mörder vor seinem Richter. Wenigstens ein kleines Verdienst hat er sich noch um die Welt erworben; er hat durch seinen Selbstmord für seinen Teil verhindert, daß vor den Augen und Ohren aller wieder ein großer Sensationsprozess verhandelt wurde, wie sie, Gott sei's Segen, ein trauriges Zeichen unserer Zeit geworden sind. Seine Speigehelium bei dem Morde am Major v. Schönbef, dessen Ehefrau, wird zwar noch vor den Richter kommen, um ihre Strafe zu empfangen, aber um ihretwillen allein wird man nicht einen so großen Apparat entfalten, und das Interesse der Öffentlichkeit ist auch nicht so groß für sie, wie es für den Mörder ersterorten war, dem man nur um einer romantischen Liebesgeschichte willen geradezu eine Gloriose aus Haupt kränzte und in tausend Anecdotes und Erzählungen von Hedentaten einen Aufwalmittel umging. Nun hat der weitverfärrne „Held“ ein gar so untröstliches Ende genommen! Der ging er aus Esham und Verweiffung? Was mag wohl seine Mißthildige, die seine Geliebte war, bewegen, wenn man ihr die Kunde von seinem selbstbereiteten Tode beibringt?

Chung für den tapferen Prinzen. Ein Komitee hat im Namen von 10 000 einheimischen und auswärtigen Mitgliedern dem Prinzen Heinrich der Niederlande eine Erinnerungsmedaille mit Aukum angeboten, als Huldigung für sein mutiges und menschenfreundliches Verhalten bei der Katastrophe des Dampfers „Berlin“.

Der „Halter des Gefäßes“. In Brooklyn wurde der Polizist George Dawins wegen eines Raubes, Einbruchs und verschiedener Diebstähle verhaftet. Der „Mutter-Polizist“ wird beschuldigt, in Gemeinschaft mit einem gewissen Soti Kwan in der Nähe der Grand Central Station ein großes Gefäß angefallen und betraubt haben. Außerdem hat Soti Kwan bei einem verwegenen Einbruch in ein Eisenwarengeschäft Schmirgel gestohlen und die Beute mit den Einbrechern geteilt.

Vater werden nicht länger! Im Jahre 1883 heiratete ein brauer Schmiedemeister, Carolus Priwet mit Namen, in Willemsfeld bei Paris ein Fräulein Rose Roze, die ihm in der Ehe zwei Kinder gebar. Nach wenigen Jahren ging ihm die Frau durch Tod und nach ihre beiden Kinder im Alter von sechs und vier Jahren auf eine Scheidung. Der Kofen wegen. Er hätte nichts wieder von seiner Frau. Im vorigen Jahr aber erhielt er den Besuch eines jungen Mannes, der ihm um die Hand seiner Tochter bat. Welche Ueberraschung. Jetzt erst erfuhr der gute Schmiedemeister, daß er von dem Geleib der Vater von im ganzen — 15 Kindern sei. Zwei davon hielten aus der Zeit seiner Ehe — 13 Kinder waren nachher hingerufen worden. Wozu für den Vater, wenn er seine Ehe war nicht geliebt. Er galt nun einmal nach dem Geleib der — Herr Papa. Carolus Priwet beantragte nun, etwas spät seine Scheidung und die Enthebung von der Eigenschaft als Vater und die erste Pariser Zivilkammer gab ihm recht.

Die Mörder verurteilt. In dem Prozeß gegen die Bande, die die Gegen von Langon bei Bordeaux, besonders durch die Ermordung eines Versicherungsgagenten, in

Schreden gesetzt hatte, wurde das Urteil gefällt; zwei Angeklagte wurden, eine Frau zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, ein Angeklagter zu fünfzehn Jahren Zuchthausarbeit verurteilt.

Das seltene Justizhaus. Wir sind kürzlich berichtet, wurde im Justizhaus zu Krensbürg eine Justizhauswertigkeit entworfen, die sich des „Proletariates“ eines der Ausseher erfreute. Eine ähnliche Beschäftigung hat sich bereits vor sechs Jahren in demselben Justizhaus abgelehnt. Der zu lebenslänglichen Zuchthaus verurteilte Justizhüter Karolus hatte sich mit Hilfe angesehener Unternehmer eine kleine Druckerei eingerichtet, aus der fast alle Zuchthausblätter jetzt fertig, das alle Mitgelangenen eines Tages durch gedruckte Zirkulare zu einem Besondere eingeladen wurden. Der Zirkul führte zur Entdeckung. Einige Beamte wurden wegen Gefährdung des Justizhauses verurteilt. Ein Krensbürger Gefährtsmann erlosch sich in der Unterdrückungshat.

Das Lawineunglück bei Guppenstein ist eines der schwersten, die sich in neuerer Zeit ereignet. Vor einigen Tagen schon hat eine Lawine drei Arbeiter erschlagen und fünf, von denen einer tot blieb. Das ganze Ereignis ist von beiden Seiten mehr oder weniger gefährdet. Der Bestand der beiden Seiten ist ein großes katastrophales Knappengeld für die Arbeiter im alten Silberbergwerk, dem die Lawine nicht viel anhaben konnten, während die neuen Leisetzehausen Goldhäuser zum bloßen Luftdruck wie Kartenhäuser weggeschlagen wurden. Auch das Hotel der Tunnelunternehmung, in dem die Ingenieure und das Bureau untergebracht sind, wurde dem Luftdruck wie Papier weggeblasen, während die nebenstehenden Gebäude stark beschädigt wurden. Es sind, wie bereits bemerkt, dreizehn Verletzte, darunter der Arzt, zwei Ingenieure, der Sekretär, Buchhalter, Kassierer, zwei Magaziner und fünf andere Angehörte der Unternehmung. Die spanig Verwundenen wurden nach Prag ins Spital geschafft. Unter dem Eindruck des Unglücks wurde die Arbeit im Tunnel eingestellt. Weitere Kaminensätze werden befürchtet. Der Verleßer zum Monats ist nur unter Lebensgefahr möglich. Die Einrichtungen für den Tunnelbau haben nicht gelitten.

Ein scheinlicher Gatte und Vater. Die Pariser Postzeit verbatete den Sekretär Lijo von der Technischen Schule, der beschuldigt wird, seine Frau und sein Kind seit 18 Monaten gefangen gehalten zu haben. Lio hatte seine Frau aufgeföhrt, Selbstmord zu begehen, aber sie sollte vorher ein Schriftstück unterzeichnen mit der Erklärung, daß ihr Mann unschuldig sei. Als die Frau sich weigerte, drohte ihr Lio mit dem Tode. Am der Qual ein Ende zu machen, unternahm die Frau einen Selbstmordversuch, indem sie sich aus dem Fenster stürzte; sie sog sich jedoch nur Verletzungen zu. Schließlich gelang es ihr, die Behörde zu benachrichtigen.

Steine Chronik. Am Sonnabend flüchtete der Inspektor Urbanski in Sthenalza mit 1900 Rubeln, die er für den Arbeiterbesitzer Wankst aus Wicznas wechseln sollte. Er soll sich nach Berlin begeben haben. In der Wohnung einer galizischen Arbeiterin im Dominium Wicznas wird in Sagen find man deren drei Tode vor, insofern auch eine Begräbnis bemerkt worden. Zwei wurden ins Leben zurückgerufen, des dritte starb.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Verheerende Feuersbrunst.

Frankfurt a. M., 2. März. Die „Frf. Ztg.“ meldet: In Tampa (Florida) sind fünf große Zigarrenfabriken und 300 andere Häuser niedergebrennt.

Safenbrand.

Frankfurt a. M., 2. März. Die „Frf. Ztg.“ meldet aus Bukarest: Im Hofen von Constanza würet ein großer Feuer in den Warendmagazinen. Der Schaden wird auf 1 Million Mark geschätzt. Die Petroleumlager sind unberührt.

Anarchistischer Überfall.

Chicago, 2. März. Zwei Männer drangen in die Wohnung des Polizeichefs Shippy ein und brachten ihm und seinem Sohn und seinem Kutscher durch Revolvergeschüsse und Dolchstiche schwere Verletzungen bei. Der Polizeichef erlosch einer seiner Anstreifer. Man vermutet, die Anstreifer seien Anarchisten, die die Tat verübten, um sich an dem Polizeichef wegen seines Vorgehens gegen die Anarchisten gelegentlich der Ermordung des Vaters Leo Heinrich am 23. Februar zu rächen.

Strasburg (Elsaß), 2. März. Das Zentralkomitee der Internationalen Geomologischen Association teilt mit, daß der Beitritt Frankreichs zur Internationalen Geomologischen Association, der von der französischen Regierung im Jahre 1907 grundfäßlich beschloffen wurde, jetzt nach einem Schreiben des Ministers Rissan an den deutschen Reichsminister in Paris, höchsten Rabinen, endgültig vollzogen wurde, und zwar auf die Dauer von 8 Jahren. Die Zahl der assoziierten Staaten ist damit auf 32 gestiegen.

Haag, 2. März. Prinz Heinrich der Niederlande wird nach einer Einladung Kaiser Wilhelms folgend, am 7. d. M. nach Wilhelmshafen begeben, um dem Stapellauf eines neuen Panzerschiffes beizuwohnen.

Paris, 2. März. Wegen den der Spionage verdächtigen Krumbholz und seine Begleiterin Brieger wurde die Anklage nicht erhoben, dagegen ihre Ausweisung verfügt, weil die Unterdrückung beweisen hat, daß Krumbholz aus auswärtigen Mächten das Angebot gemacht hat, ihr das Geheimnis des französischen lenkbaren Luftschiffes zu verkaufen.

Budapest, 2. März. In einer heute abgehaltenen Konferenz berieten die ungarischen Delegierten über den von der österreichischen Delegation angenommenen Antrag Letour-Schrott auf Erhöhung der Offiziersgehälter. Es wurde beschloffen, daß die ungarischen Delegierten aus budgettechnischen Gründen nicht über den Antrag verhandeln können.

Chicago, 2. März. Die Polizei stellte eine hiesige Anarchistengesellschaft von Italienern fest, die aufreigende Flugblätter gegen Gelehrte verbreitet hat. Gelehrten, dem Tage der Verlesung des ermordeten Vaters in Paderborn, wurden Geheimnisschriften zum Schutz der Gelehrten in den hiesigen römisch-katholischen Kirchen direkt am Altar aufgestellt.

Leitung: Otto Sonne. Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wilmann, für den Justizteil: Otto Sonne; für den lokalen Teil: Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Wilmann; für Vermischtes: Paul Schamburg; für den Handelsteil: Fritz Rang; für den Inzeratenteil: Max Rabele. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sammtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — (entsprechlich „Unterstützungsbilatt“).

